

## Niederschrift

### zur 16. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 19.08.2020	18:30-20.54 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Kai Hamacher ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Gerold Sachse ,

##### CDU-Fraktion

Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe ab 18.41 Uhr, Thomas Fischer Vertretung für Frau Nancy Krüger,

##### SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Petra Schumann ,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Enrico Biagini , Jürgen Gebauer ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz ,

##### Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

##### Verwaltung

Melanie Brückner entschuldigt, Franka Koch , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ab 19.03 Uhr  
(nö abwesend),

Gäste:

Herr Fröbrich

Frau Wilde

4 weitere Gäste (sh. Kontaktliste)

#### Abwesend

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Nancy Krüger entschuldigt,

##### SPD-Fraktion

Juliane Meyer entschuldigt,

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 16. Sitzung des Hauptausschusses.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind zunächst 12 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (ab 18.41 Uhr ist der Hauptausschuss vollzählig besetzt).

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung werden folgende Änderungen vorgetragen:

- TOP 7.1. Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Nachtragshaushalts – der TOP wird von der einbringenden Fraktion zurückgezogen
- TOP 7.7. Aufstellungsbeschluss zum BPlan 68 – der TOP wird von der Verwaltung zurückgezogen
- TOP 14.5 der TOP wird umbenannt – aktuelle Entwicklung und Vorstellungen der Werkleitung zum Eigenbetrieb

Über die so geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

**Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Niederschrift vom 22.7.2020**

Zur Niederschrift vom 22.7.2020 gibt es keine Einreden.

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert zum einen, dass am 13.9.2020 ein Erntefest stattfindet und die Abstimmung im Alten Rathaus zum Bürgerbudget. Frau Fiedler bittet, kurz das Sicherheitskonzept für diese Veranstaltung vorzutragen (TOP Informationen der Verwaltung).

Des Weiteren erinnert er an den Termin 1.9.2020 (Kranzniederlegung) im Mahnen an den Beginn des II. Weltkriegs. Zum anderen ruft Herr Hamacher den § 31 (1) der Brandenb. Kommunalverf. In Erinnerung. Demnach haben alle berufenen Hauptausschussmitglieder an den jeweiligen Sitzungen teilzunehmen und nur im Verhinderungsfall einen Vertreter zu entsenden.

## **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

Herr Andreas Heiß (mit der Aufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht zur Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße. Er wendet sich an die Mitglieder des Hauptausschusses, da das Anliegen heute auf der Tagesordnung steht. Mit dem Eigentümer der im Plangebiet liegenden Fläche führt die Stadt Gespräche und Verhandlungen zum Grunderwerb. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Dieses ist aber erheblich für die Abwägung zum BPlan 111.

Herr Heiß bittet im Namen der Anwohner deshalb, der Verlängerung der Veränderungssperre zuzustimmen.

Außerdem hat er die Frage, ob es in der nichtöffentlichen Sitzung Informationen über die Verhandlungen zwischen Stadt und Eigentümer gibt und ob auf die Risiken (monitäre Bezifferung) hingewiesen wird, wenn die Parkanlage befürwortet wird. Die es andererseits aber auch bei Ablehnung der Parkanlage gibt. Möglicherweise ergeben sich in den Verhandlungen mit dem Eigentümer neue Sachverhalte oder Argumente, die das Risiko noch einmal neu bewerten lassen.

Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass die Risikoabwägung bereits erfolgte als der Aufstellungsbeschluss zum BPlan erfolgt ist. Die Verwaltung hatte diesbezüglich eine sehr umfangreiche Stellungnahme erarbeitet und den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt. Im öffentlichen Teil können keine weiteren Informationen gegeben werden.

## **TOP 7      Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 7.1    Antrag der SPD-Fraktion: Erstellung eines Nachtragshaushalts wegen 7/AN/190 gravierender Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite**

#### **Zurückziehung**

### **TOP 7.2    Änderung der Satzung der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb** **2**

Der Bürgermeister erinnert an die HA-Sitzung vom 22.7.2020, in der Wesentliches bereits besprochen wurde. In der DS 7/068/2 wird deutlich gemacht, dass die Basis immer noch die ursprüngliche DS 7/068 vom 12.12.2019 ist. Nunmehr sind entsprechende Änderungen und Ergänzungen erarbeitet worden, die das Diskussionsergebnis vom 22.7.2020 widerspiegeln (z.B. Gründung eines Werksausschusses mit entspr. Eigenbetriebssatzungsänderung). In der Drucksache gibt es den Beschlussvorschlag einmal ohne (dann wie bisher der Hauptausschuss) und einmal mit Werksausschuss. Die Verwaltung würde, sofern die Mehrheit sich für die Bildung eines Werksausschusses ausspricht, vorschlagen, dass dieser mit 7 Stadtverordneten und 2 sachkundigen Ew besetzt wird. Er bittet die Anwesenden, um ein kurzes Votum zum Vorschlag. Außerdem geht es um die Chancen und Risiken des Eigenbetriebes, ihn mit einer Personalhoheit auszustatten (§ 5 Abs. 5 Werkleitung würde in personalrechtlichen Angelegenheiten tätig).

Frau Fiedler merkt an, dass die DS 7/068/1 im RI nicht das korrekte Erstellungsdatum trägt. Sie bittet um Korrektur.

Herr Sachse merkt an, dass man sich auf die Bildung eines Werksausschusses offensichtlich geeinigt und verständigt hatte. Er findet den vorgelegten Entwurf deshalb gut. Aufgrund des besonderen Gremiums gibt er den Hinweis, dass sachkundige Ew in einem Werksausschuss stimmberechtigt sind und außerdem können dort auch Belegschaftsvertreter mitwirken. Er regt an, dass sich der Werksausschuss aus 11 Mitgliedern (7 Stadtverordnete, 2 sachk. Ew und 2 Belegschaftsvertreter) zusammensetzt.

Zum anderen bringt Herr Sachse zum Ausdruck, dass eine Satzungsänderung bezüglich der Werkleitung aus seiner Sicht nicht erforderlich ist, da in § 93 Abs. 3 Bbg.KommVerf geregelt ist, dass wenn keine Werkleitung bestellt ist, der HVB oder ein von ihm beauftragter Bediensteter die Werkleitung wahrnimmt.

Herr Dippe vertritt die Auffassung, dass eine Werkleitung notwendig ist und geregelt werden muss. Denkbar wäre das für die Eigenbetriebe der Stadt also auch für den Stadtforst, ist jedoch nicht zwingend erforderlich. Gut wäre es zunächst, für die Werkleitung des Schwapp eine Mehrheitsentscheidung herbeizuführen. Zum gegebenen Zeitpunkt muss die Aufwandsentschädigungssatzung angepasst werden (sh. Mitbehandlung AG zur Überarbeitung der Hauptsatzung).

Frau Wagner macht auf Vor- und Nachteile aufmerksam. Sie hebt die Möglichkeiten eines Werksausschusses, den Zeitfaktor und die Beratungsintensität hervor. Andererseits verzichtet der Hauptausschuss auf immer mehr Kompetenzen oder delegiert diese, was nicht Sinn der Sache sein kann. Die SPD-Fraktion wird sich dazu noch einmal ausführlich beraten.

Peter Apitz gibt zu bedenken und regt an, dass die Stadtverordneten künftig den Eigenbetrieben noch mehr Energie und Aufmerksamkeit widmen sollten. Aus diesem Grund wirbt er für die Einrichtung eines Werksausschusses für die kommunalen Eigenbetriebe.

Herr Gebauer informiert, dass die AfD-Fraktion eine Werksleitung ausdrücklich befürwortet. Zum Thema Werksausschuss gibt es noch Beratungsbedarf, wenngleich die Einrichtung sehr sinnvoll wäre, um alle Themenkomplexe in der Tiefe abarbeiten zu können.

Dem stimmt Herr Dippe zu, denn nun muss man erkennen, dass die Thematik Schwapp nicht ausreichend im HA behandelt worden ist, da dessen Tagesordnung i.d.R. sehr lang ist.

Herr Fischer ergänzt, dass sich die Themenkomplexe der Eigenbetriebe oftmals zu kurz kamen, das muss kritisch angemerkt werden. D

Frau Wagner hebt die Verantwortung des Aufsichtsrates hervor. Herr Dippe stimmt zu und meint, die in der FSF anstehenden Aufgaben und Problemlagen sind so vielfältig, dass es dringend geraten scheint, die Zuständigkeiten neu zu ordnen, einen aktiven und gut informierten Werksausschuss zu bilden und für die nächsten Jahre zu begleiten.

Der Bürgermeister bietet an, den Vorschlag von Herrn Sache zur Besetzung eines Werksausschusses mitzunehmen und rechtlich prüfen zu lassen.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Abstimmung verlassen.

### **TOP 7.3 Freigabe von Haushaltsmitteln für die Programmgestaltung des Stadt- 7/DS/207 festes 2021**

Herr Dippe berichtet aus dem Ausschuss für Haushaltsüberwachung, dass dort das Corona-Risiko beleuchtet wurde unter dem Aspekt, dass man ein Konzept fährt, das auch unter Corona-Bedingungen funktioniert. Im Ausschuss hat man sich darauf verständigt, diesen von Herrn Wende unterbreiteten Vorschlag in die AG Stadtfest zu geben.

Herr Fischer hat noch einige Nachfragen, da es mit diesem evtl. Konzept nicht möglich wäre, das (entfallene) Programm aus 2020 im nächsten Jahr zu zeigen. Vielleicht muss zunächst mit der Agentur gesprochen werden, was sie wie umsetzen kann.

Herr Wichary geht auf die Gespräche in der AG Stadtfest und im Kultur- und Sozialausschuss ein, in denen besprochen wurde, nächstes Jahr das für dieses Jahr geplante Programm zu zeigen. Am 23.9.2020 tagt die AG Stadtfest wieder und er wird den unterbreiteten Vorschlag mitnehmen. Evtl. Mehrkosten müssten mit der Agentur besprochen werden, und jetzt weiß man auch noch nicht, unter welchen Bedingungen im kommenden Jahr überhaupt das Stadtfest stattfinden kann. Unter den jetzt aktuellen Bedingungen wäre es z.B. nicht möglich, das Stadtfest in der Größenordnung durchzuführen.

Frau Fiedler bittet, von großen Acts (z.B. mit vielen Konzertbesuchern) abzusehen und dafür kleinere dezentrale Angebote zu unterbreiten und die Vereine mit ins Boot zu holen.

Herr Wichary erläutert, dass es zunächst um die Freigabe der Haushaltsmittel für die Programmkosten geht. Die Künstler hatten in Aussicht gestellt, keine Ausfallentschädigung für das in diesem Jahr entfallene Fest geltend zu machen, wenn sie in 2021 erneut gebunden werden. Das sind genau 3 große Acts, die ein Gros der Kosten verursachen und nunmehr auch gebunden werden. Dazu käme, dass es für kleinere Angebote kaum lohnt, große Bühnentechnik aufzubauen. Für alle diese Gedanken ist die AG Stadtfest der richtige Rahmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die verbindliche Übernahme der Kosten für die Programmgestaltung des Stadtfestes 2021 in Höhe von 80.000 € und fordert die Verwaltung auf, die Kosten in den Haushalt 2021 einzustellen.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 7.4 Kitakostenausgleich mit den Ämtern Spreenhagen, Odervorland und der Stadt Storkow (Mark) 7/DS/210**

Auf die Nachfrage von Herrn Fischer, ob es von den genannten Ämtern und der Stadt Storkow ähnliche Beschlüsse gibt merkt der Bürgermeister an, dass es keinen Hinweis darauf gibt, dass es dort anders als in Fürstenwalde/Spree gehandhabt wird, das ergaben mit den Amtsdirektoren oder Bürgermeistern geführte Gespräche.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen des Kostenausgleichs für das Jahr 2016 gemäß § 16 Abs. 5 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg gegenüber der Stadt Storkow nicht die Einrede der Verjährung zu erheben und die Forderung in Höhe von 765,32 EURO zu begleichen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen des Kostenausgleichs für das Jahr 2016 gemäß § 16 Abs. 5 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg gegenüber dem Amt Odervorland nicht die Einrede der Verjährung zu erheben und die Forderungen in Höhe von zusammen 3896,07 EURO zu begleichen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen des Kostenausgleichs für das Jahr 2016 gemäß § 16 Abs. 5 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg gegenüber dem Amt Spreenhagen nicht die Einrede der Verjährung zu erheben und die Forderung in Höhe von 16.214,22 EURO zu begleichen.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

### **TOP 7.5 Neufassung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree (Feuerwehrgebührensatzung) 7/DS/217**

Der Erste Beigeordnete berichtet, dass die Satzungen ohnehin alle 2 Jahre zu kalkulieren werden. In diesem Zusammenhang stand die Überprüfung der Feuerwehrgebührensatzung an. Mit der Ergänzung, dass es eine Gesetzesänderung gegeben hat, dass nun auch Gebühren erhoben werden dürfen. Das verbessert die Position der Kommunen.

Außerdem gab es im Januar, Februar in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren für die Stadt den Hinweis, dass unsere Feuerwehrgebührensatzung wahrscheinlich nichtig (falsch kalkuliert) ist. Deshalb gab es nun die entsprechenden Vorbereitungen, diese zu überarbeiten. Aufgrund der Pandemie ist die Verwaltung nunmehr erst jetzt dazu gekommen. Mit der Neufassung der Gebührensatzung wird die Lücke geschlossen, derzeit gibt es nämlich keine Grundlage, auf der die Stadt Einsätze der Feuerwehr abrechnen kann.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Berger erläutert Herr Wichary die derzeitigen Kostentarife bzw. die Änderung der Kalkulation (Vergleichswerte) oder Neukalkulation des Rettungsbootes.

Des Weiteren geht er auf die Jahreseinnahmen der Jahre 2017 bis 2019 von jeweils knapp 100.000 € ein, um zu verdeutlichen, was in etwa an Einnahmeausfällen entstanden sein könnte. Die entgangenen Einnahmen können evtl. auch als Eigenschaden gegenüber dem KSA geltend gemacht werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree (Feuerwehrgebührensatzung) nebst Anlage Gebührentarif.

**Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 7.6 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 67 "Vollsortiment- 7/DS/187 Lebensmittelmarkt Lange Straße", hier: Änderung der Planungsziele (Erhöhung der Gesamtverkaufsfläche)**

Es gibt keinen Diskussions- oder Erläuterungsbedarf.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 67 „Vollsortiment-Lebensmittelmarkt Lange Straße“ der Stadt Fürstenwalde/Spree mit geänderten Planungszielen (hier: Erhöhung der Gesamtverkaufsfläche) für das Gebiet Flur 150 Flurstücke 435 und 436 tw., Flur 149 Flurstück 59 tw..

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 7.7 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 68 "Wohnbebauung Wiesenweg 7/DS/206 Trebus", hier: Aufstellungsbeschluss**

### **Zurückziehung**

### **TOP 7.8 Ausführungsbeschluss Neubeschichtung Altstadtbrücke 7/DS/209**

Herr Tschepe berichtet, dass für die Ausführung ein Zeitfenster von 4 Wochen kalkuliert worden ist, um mögliche Ausfälle aufgrund von ungeeigneter Witterung zu berücksichtigen.

Herr Sachse fragt nach einer Niedrigtemperaturheizung mit Solaranlage, um das Problem grundlegend in den Griff zu bekommen. Herr Tschepe wird nächstens dazu informieren.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erneuerung des Belages der Altstadtbrücke im Jahr 2021.

**Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 7.9 Bebauungsplan Nr. 111 "Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße" hier: 7/DS/211 Beschluss über die Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

### **Beschlussvorschlag:**

Auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38]), und der §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587) m.W.v. 28.03.2020, wird für das gesamte Plangebiet des Bebau-

ungsplans Nr. 111 „Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße“ die in der Anlage beigefügte Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung beschlossen.

**Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0**

**TOP 7.10 Grundsatz- und Baubeschluss zu den notwendigen Sicherungsarbeiten 7/DS/213 an der Aufbauschule**

Herr Tschepe gibt noch einige Erläuterungen zur Notwendigkeit der Sicherungsmaßnahmen und zur geplanten Ausführung bzw. Vorbereitung der Maßnahme noch vor dem Winter.

**Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 8 Informationen der Verwaltung**

Der Bürgermeister informiert zum Stand des Kassenkredits:

Guthaben von gut 1.000.000,00 € auf dem Konto  
aufgenommen bei einer Bank bis zum 7.9. 8.000.000,00 €  
Guthaben bei einer weiteren Bank von knapp 1.000.000,00 €  
Guthaben bei einer dritten Bank von 12.500,00 €  
Verbindlichkeit als Gegenwert den CHF-Kredits 2.500.000 CHF zum Wechselkurs von 1,078 zu rd.  
2.300.000 €  
Inanspruchnahme des Kassenkredits 8.300.000 €

Zur Anfrage von Frau Wagner zum südlichen Spreeufer / Zeltstätte  
Der Stadtförstdirektor war mit der Polizei vor Ort und hat die Stätte auflösen lassen. Die besondere Problemlage behält Herr Weber im Blick.

Zur Anfrage von Herrn Biagini zur Beschlussfassung zur Änderung des Betriebsführungsvertrages  
Der Bürgermeister berichtet, dass kein Beschluss auffindbar ist. Die weiteren damit zusammenhängenden Fragen sind noch in Prüfung.

Der Bürgermeister berichtet zur Angelegenheit Übertragung der Trink- und Abwasseranlagen in der Ketschendorfer Feldmark ebenso wie zur Regelung für künftige Vorhaben in der Verbandssatzung. Kommende Woche wird das Thema in einer gemeinsamen Arbeitsberatung im Zweckverband besprochen. Bislang sind noch keine Regelung im Satzungsentwurf zur Übertragung von Anlagen, die eine Gemeinde für die Erschließung von Baugebieten erstellt hat, enthalten.  
In diesem Zusammenhang erwähnt er, dass er Gespräche im Zweckverband angeregt hat, ob das Stimmverhältnis innerhalb der Verbandsversammlung geändert werden sollte. Jetzt ist es so, dass je angefangene 1000 Einwohner = 1 Stimme. Damit hat die Stadt Fürstenwalde/Spree in der Verbandsversammlung ein Stimmenübergewicht gegenüber allen anderen Gemeinden gemeinsam. Dafür wurde die Veto-Regelung getroffen. Vielleicht kommt man hier zu demokratischerer Verfahrensweise, so dass Fürstenwalde per se kein Stimmenübergewicht mehr hat, z.B. je angefangene 4000 Einwohner = 1 Stimme, dann hätte Fürstenwalde 8 Stimmen und alle anderen 1 und Steinhöfel 2 Stimmen (das Gremium hätte insgesamt 21 Stimmen). Er sensibilisiert für diese Thematik und fragt die Hauptausschussmitglieder, ob eine solche Regelung auch ihre Intension träfe.

Die Meinungen der Stadtverordneten gehen auseinander und reichen von keinem Verständnis für die Schwächung der Fürstenwalder Position bis hin zur Unterstützung, die umliegenden Kommunen mitzunehmen und nicht zu bevormunden. Zu einer besseren Dialogkultur gehört es, mehr miteinander zu kommunizieren als in Konfrontation durch Stimmenübergewicht oder Veto-Ziehung zu gehen.

Frau Fiedler fragt nach dem Sicherheitskonzept, den Hygienemaßnahmen für das am 13.9.2020 stattfindende Erntefest. Diese Informationen werden nachgereicht.

## **TOP 9      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Koch fragt wie und wann es mit dem Bauvorhaben Uferstraße (alte Wollfabrik) weitergeht. Außerdem möchte er wissen, wie der Bürgermeister auf das Angebot einer Schenkung der Bücherzelle an die Stadt durch den Rotary-Club reagiert. Des Weiteren fragt er nach einer möglichen Überlegung, in der Verwaltung/Feuerwehr Beamte zu bestellen.

Der Bürgermeister informiert zur Bücherzelle, dass es zur Betreuung (Folgekosten) noch einige offene Fragen zu klären gilt, ehe einer Schenkung zugestimmt werden kann. Nachdem sich kein Dritter zur Betreuung gefunden hat, müsste das die Stadt selbst übernehmen. Zur Uferstraße berichtet er über die Erarbeitung einer Ausschreibungsmatrix, die umfangreich darstellt und erläutert, was an Entwicklung möglich ist und erwartet wird. Wenn diese Erarbeitung abgeschlossen ist, kann eine erste Veröffentlichung als Informationsangebot über die web-Seite des Verkäufers erfolgen. Plan ist derzeit, dass die Ausschreibung noch dieses Jahr erfolgt.

Herr Gebauer greift die Informationen der Mandatos-Schulung auf und bittet zur Nutzung aller Funktionen/der Chat- und Notizenmöglichkeit/des Ausdrucks, alle Fraktionssitzungen als Gremium anzulegen und die Buttons zu aktivieren.

Außerdem fragt er nach dem Stand der Erarbeitung eines Straßenkatasters für die Stadt. Der Bürgermeister berichtet, dass Anfang II/2020 eine Ausschreibung der Leistung für die Erstellung eines digitalisierten Straßenkatasters initiiert werden sollte. Aufgrund der Coronazeit ist dies ins Hintertreffen geraten. Gegenwärtig werden in der zuständigen Fachgruppe aber die abschließenden Absprachen zur Vorbereitung der Ausschreibung getätigt.

Herr Sachse spricht die in den Sitzungen unterschiedliche und z.T. sehr schlechte Tonqualität im Festsaal an. Es sollte möglich sein, eine gleichbleibende Qualität herzustellen.

Der Bürgermeister berichtet, dass künftig vor den Sitzungen ein Soundcheck gemacht wird, um die Mikrofonanlage ggf. nachzusteuern und zu regeln.

Herr Dippe fragt in Vorbereitung der Haushaltsplanung nach einer evtl. Verbeamtung der Leitung des PRA, deren unbedingte Unabhängigkeit gegeben sein muss. Das ist in der Kommunalverfassung als Soll-Bestimmung geregelt.

Der Bürgermeister hatte sich seinerzeit als Stadtverordneter vehement dafür ausgesprochen. Er wird aus den vorgenannten Gründen auch jetzt nicht dagegen sein. Allerdings gab in der jüngsten Zeit keine Überlegungen, das Thema wieder aufzugreifen. Sofern der Wunsch aus dem Gremium besteht, nimmt er das als Prüfauftrag mit, dem Rechnung zu tragen.

Herr Dippe fragt nach, ob es stimmt, dass das neue Rettungsboot der Feuerwehr nur an einer Stelle oberhalb der Schleuse in die Spree gesetzt werden kann? Deshalb kann es kurzfristig nicht unterhalb der Schleuse zum Einsatz kommen.

Herr Wichary berichtet, dass es oberhalb unmittelbar nach der Schleuse eingesetzt werden kann. Unterhalb ist es derzeit nur an der Großen Tränke möglich. Ein weiterer Einsatzpunkt wurde neben der Rampe am Ruderzentrum getestet. Dort ist es nicht sicher möglich, ohne das Boot oder den Trailer zu beschädigen. Er informiert weiterhin, dass mit dem Wasserschiffahrtsamt gemeinsam an einer Lösung, einer weiteren Einsatzstelle für das Boot gearbeitet wird.

Herr Dippe spricht die E-Mail von Frau Krüger an, die Vorschläge des Kita- und Grundschulbeirates zu Corona-Sofortmaßnahmen an Kitas und Schulen umsetzen fraktionsübergreifend aufzunehmen. Eine Rückmeldung mit einer Absage kam von der Fraktion DIE LINKE, ansonsten kamen keine Antworten. Im Namen der BFZ-Fraktion, so informiert er weiter, wird es für die SVV einen entsprechenden Antrag / Benennung eines TOP geben. Er berichtet, dass die Diskussion inhaltlich noch nicht abgeschlossen ist, Anregungen und Hinweise gerne aufgenommen werden.

Herr Dippe fragt nach der Regelung zur Veröffentlichung von insbesondere nichtöffentlichen Beschlüssen. Der Vorsitzende berichtet, dass im nächsten Amtsblatt einige Ergänzungen zum letzten



Amtsblatt folgen werden. Grundsätzlich gibt es das Ergebnis einer Prüfung zwischen der Rechtstelle und dem Sitzungsdienst, dass alles im Wortlaut veröffentlicht wird, sofern nicht wichtige oder schützenswerte Belange Dritter dagegensprechen oder im Beschluss in Gänze oder in Teilen ausdrücklich auf die Nichtveröffentlichung hingewiesen wird. Der Bürgermeister berichtet über die in Bearbeitung befindliche Überarbeitung des Geschäftsprozesses Sitzungsdienst, in deren Ergebnis u.a. die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen, die Betreuung der SV etc. mittels Checklisten für die Zukunft steht.

#### **TOP 10 Vorabstimmung zur Berufung sachkundiger EinwohnerInnen in der SVV**

Herr Hamacher spricht die Stellungnahmen der Rechtstelle zur angedachten Poollösung an und fragt die Fraktionsvertreter nach der weiteren Verfahrensweise.

Von der Fraktion DIE LINKE liegt als Tischvorlage ein Diskussionsvorschlag vor und von der FDP-Fraktion informiert Frau Schumann, dass es das Anliegen ist, zum 3.9.2020 die sachkundigen EinwohnerInnen wieder einzusetzen (mindestens zwei sachkundige Ew/Ausschuss). Die Poolbildung wird favorisiert.

Der Vorsitzende der SVV schlägt vor, zur Vorbereitung dieser Thematik noch einmal eine Fraktionsvorsitzendenrunde durchzuführen, um am 3.9.2020 einen Beschluss fassen zu können.

In der Diskussion spricht sich Herr Apitz gegen die Poollösung aus. Vielmehr ist die Fraktion B90/Die Gr. für die Benennung sachkundiger Einwohner/Berater, die auch über eine tatsächliche Sachkunde zum jeweiligen Thema verfügen. Herr Hamacher meint, dass sei aufgrund der Themenfülle z.B. im Stadtentwicklungsausschuss kaum möglich.

Herr Sachse betont, dass es zu vereinbaren wäre, wie viele sachkundige Einwohner an einer Ausschusssitzung pro Fraktion teilnehmen. Er spricht sich für einen Vertreter aus.

Herr Wichary gibt den Hinweis, dass § 43, Abs. 4 BdgKommVerf ein aktives Teilnahmerecht für sachkundige Einwohner vorschreibt. Der § verweist auf den § 30 für die weiteren Rechte. Darin steht, dass der sachkundige Einwohner nicht an der Ausübung seiner Rechte gehindert werden darf und entgegenstehende Vereinbarungen nichtig sind.

#### **TOP 11 Vorabstimmung zur Tagesordnung SVV**

Herr Apitz erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Zuordnung der Kämmerin bzw. den zur Schaffung einer/s Senioren- und Behindertenbeauftragte/n. Das ist eine politische Entscheidung und wenn diese mitgetragen wird, soll eine Verweisung in die AG zur Überarbeitung der GeschO/Hauptsatzung erfolgen.

Der TOP 8.7. der Antrag der SPD wird zurückgezogen

#### **TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung um 20.54 Uhr. Er bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Kai Hamacher

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin